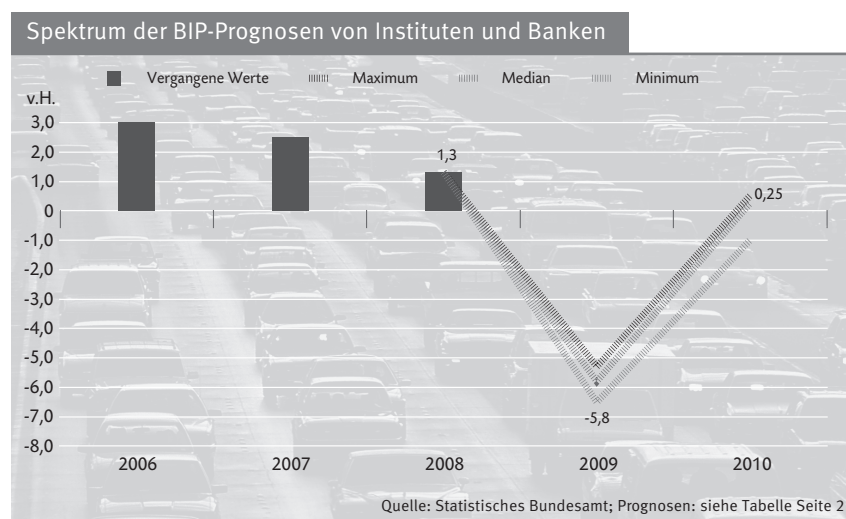


## Ende der Abwärtsdynamik in Sicht?

Während die aktuellen Einschätzungen der wirtschaftlichen Situation in Deutschland weiterhin von negativen Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts im Rekordbereich geprägt sind, könnte in der zweiten Jahreshälfte 2009 Entspannung oder sogar eine leichte Erholung einsetzen. Darauf deuten die Prognosen von Instituten und Banken sowie die Entwicklung verschiedener Frühindikatoren hin.



Die konjunkturelle Lage in Deutschland hat sich im ersten Quartal 2009 dramatisch verschlechtert. Das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ging im Vergleich zum vierten Quartal 2008 um 3,8 v.H. zurück. Die meisten Volkswirte hatten lediglich mit einem Rückgang von 3 v.H. gerechnet, die pessimistischsten unter ihnen mit 3,5 v.H. Die rezessive Weltwirtschaft und die Exportabhängigkeit Deutschlands sind weiterhin einer der Hauptfaktoren für das schwache Ergebnis. Während die Importe lediglich um 5,4 v.H. schrumpften, sind die Exporte um 9,7 v.H. gesunken. Zudem haben die Unternehmen in Deutschland ihre Investitionstätigkeit deutlich zurückgefahren. Nach einer Verminderung der Bruttoanlageinvestitionen von

2,7 v.H. im vierten Quartal 2008 haben sie sich im ersten Quartal 2009 sogar um 7,9 v.H. verringert. Dies ist vor allem darauf zurück zu führen, dass Unternehmen ihre mittelfristigen Planungen an die veränderte wirtschaftliche Situation angepasst haben. Die privaten Konsumausgaben, die im Vergleich zum Vorquartal um 0,5 v.H. zugenommen haben, stellen dagegen eine Stütze des BIP dar. Damit erweist sich die Nachfrage der Haushalte nach wie vor als robust gegenüber der schwachen konjunkturellen Dynamik. Die derzeit sehr niedrige Inflation stützt im Moment die Anschaffungsneigung der Verbraucher, die Abwrackprämie setzt zusätzliche Kaufanreize. Auch die anstehende Rentenerhöhung fördert die privaten Konsumausgaben. Trotz der

derzeit schwachen Konjunktur mehrten sich die Hinweise darauf, dass die Talsohle bald erreicht ist.

### Frühindikatoren machen Hoffnung auf Besserung

In Einklang mit den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zum BIP weist der ZEW-Konjunkturindikator über die Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage im Mai mit -92,8 Punkten einen äußerst niedrigen Wert auf. Allerdings haben sich die Aussichten für die kommenden sechs Monate weiter deutlich verbessert. Nachdem der Indikator im Vormonat erstmals wieder in den positiven Bereich gerutscht ist, liegt er nun mit einem Wert von 31,1 Punkten erstmals seit Juni 2006 wieder über dem historischen Mittelwert von 26,2 Punkten. Damit hält der Aufwärtstrend des Konjunkturindikators, der sich in den letzten Monaten angedeutet hat, weiter an. Bestätigt wird dieser Eindruck durch die

#### IN DIESER AUSGABE

Ende der Abwärtsdynamik in Sicht? . . . .	1
Die voraussichtliche Lage in der EWU . .	3
Ergebnisse der Maiumfrage 2009 . . . . .	4
Wirtschaftskrise erreicht IKT- und wissensintensive Dienstleister . . . . .	5
Branchenheterogenität und Flächentarifabschlüsse . . . . .	6
Beschäftigungsbeitrag von Gründungen wissensbasierter Unternehmen . . . . .	8
Zusammenhang zwischen Konjunktur und Arbeitsmarkt in Deutschland . . . . .	10
Neue Aufgaben der Europäischen Union? . . . . .	12

neuesten Zahlen des Ifo-Instituts. Der Indikator der Geschäftserwartungen ist bereits zum fünften Mal in Folge gestiegen und liegt nun bei 85,9 Punkten. Die Entwicklungen dieser Frühindikatoren deuten darauf hin, dass die Talsohle in Kürze erreicht sein wird und mit einem leichten Anstieg der wirtschaftlichen Aktivität in Deutschland in der zweiten Jahreshälfte gerechnet werden kann.

### Lage am Arbeitsmarkt angespannt

In den letzten Monaten hat die Möglichkeit der Kurzarbeanmeldung den Unternehmen die Chance eröffnet, die Krise ohne eine Entlassungswelle zu überstehen. Dies hat die konjunkturellen Effekte auf den Arbeitsmarkt deutlich abgemildert. Dennoch zeigen die letzten Zahlen des Statistischen Bundesamtes einen Rückgang der Beschäftigung um 0,3 v.H. auf nun 39,96 Millionen im Vergleich zum Vorjahr. Im Mai hat die Zahl der Arbeitslosen zwar saisonbereinigt um 1000 zugelegt und somit deutlich weniger als von den meisten Beobachtern erwartet wurde. Allerdings sind damit keine Hoffnungen auf eine Trendwende verbunden, da die wesentlichen Faktoren des Arbeitsmarkts nach wie vor abwärts gerichtet sind. Für das Jahr 2009 wird gemäß den aktuellen Prognosen von

Instituten und Banken mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet.

### Konjunkturelle Dynamik bleibt gedämpft

Allgemein erwarten Konjunktexperten einen Anstieg des BIP für die zweite Jahreshälfte 2009 sowie für 2010. Der Aufwärtstrend dürfte aber schwächer ausfallen als vielfach gehofft. Die Prognosen variieren zwischen -1,0 und 0,5 v.H., wobei der Median bei einer Veränderungsrate von 0,25 liegt. Zwar ist aufgrund der niedrigen Inflationsrate sowie der Konjunkturpakete mit einem deutlichen Anstieg der Nachfrage der Haushalte zu rechnen, allerdings wird dieser Effekt durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit wohl mehr als ausgeglichen. Damit wird der private Konsum höchstens eine leichte Zunahme verzeichnen. Da sich zudem die Weltwirtschaft nur sehr langsam von der Krise erholen wird, ist es fraglich, ob vom Außenhandel große Impulse für ein nachhaltig positives Wachstum zu erwarten sind.

In den Vereinigten Staaten scheinen die Anpassungen am Immobilienmarkt in der Zwischenzeit abgeschlossen zu sein und die Konjunkturpakete zeigen ihre Wirkung. Allerdings verhindert der hohe Verschuldungsgrad der Konsu-

menten sowie die weiter steigende Arbeitslosigkeit eine schnelle Erholung der US-Wirtschaft, weshalb sie momentan nicht als Zugpferd für die weltweit stockende Konjunktur in Frage kommt.

Zuversichtlich stimmt jedoch die derzeitige Entwicklung auf den internationalen Kapitalmärkten: Die globalen Aktienmarktindizes sind wieder aufwärtsgerichtet. Der MSCI World Index legte seit Jahresbeginn um 3,9 v.H. zu, der entsprechende Index für die aufstrebenden Volkswirtschaften, welcher die Kapitalmarktentwicklung in 26 Ländern wie etwa China, Indien und mehreren Staaten Osteuropas abbildet, kletterte seit Jahresbeginn um 34 v.H. Die Schockstarre der Investoren scheint sich also langsam aufzulösen, ein wichtiges Indiz dafür, dass das Vertrauen in die internationalen Finanzmärkte zurückkehrt.

Positiv stimmt außerdem, dass Deutschland nicht unter fundamentalen Problemen wie einem überbewerteten Immobilienmarkt oder einer hohen Verschuldung der Haushalte leidet. Deshalb erscheint eine baldige Überwindung des Rezessionstals möglich, jedoch dürfte das künftige Wachstum angesichts der Tiefe der Rezession im Vergleich zu früheren Aufschwungphasen relativ verhalten ausfallen.

Andreas Sachs, sachs@zew.de

### Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2008, 2009 und 2010

	Statist. BA	Europäische Kommission		IWF		OECD		GD Frühjahr09		Deka		Commerzbank	
	2008	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010
BIP, real	1,3	-5,4	0,3	-5,6	-1,0	-5,3	0,2	-6,5	0,5	-6,0	0,0	-6,5	0,5
Privater Konsum	0,1	-0,5	-0,7	-1,1	-1,8	0,0	0,0	-0,3	-1,3	0,3	1,1	-0,3	-1,3
Konsumausgaben des Staates	1,8	2,0	1,8	3,1	4,0	0,6	0,9	2,3	2,0	1,2	1,7	1,5	2,2
Bruttoanlageinvestitionen	4,4	-10,3	-0,8	-12,6	-6,3	-6,6	0,7	-8,7	0,4	-10,7	2,4	-10,0	0,6
Exporte	2,7	-16,1	-0,4	-	-	-16,5	-0,1	-22,6	2,4	-17,6	1,1	-18,0	2,1
Importe	4,2	-10,8	-1,7	-	-	-10,0	0,0	-13,3	1,9	-9,9	1,2	-10,6	2,3
Erwerbstätige (in Tsd.)	40.330	39.725	38.851	40.100	39.298	-	-	39.822	38.702	39.967	39.208	39.980	38.870
Veränderung	1,4	-1,5	-2,2	-0,5	-2,0	-	-	-1,3	-2,8	-0,9	-1,9	-0,9	-2,8
Arbeitslose (in Tsd.)	3.267	-	-	-	-	-	-	3.718	4.688	3.600	4.500	3.650	4.770
Arbeitslosenquote	7,8* 7,5** 7,3***	8,6***	10,4***	9,0***	10,8***	8,9***	11,6***	8,6**	10,8**	8,6*	10,7*	8,7***	11,4***
Preisindex der Lebenshaltung	2,6	0,3	0,7	0,1	-0,4	0,6	0,5	0,4	0,0	0,3	1,3	0,0	1,3
Finanzierungssaldo des Staates in v.H. des BIP	-0,1	-3,9	-5,9	-4,7	-6,1	-4,5	-6,8	-3,7	-5,5	-4,5	-4,6	-5,0	-6,5

Mit Ausnahme der Arbeitslosenquote und der Anzahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen alle Angaben als Veränderung in v.H. gegenüber dem Vorjahr. \*Arbeitslose in v.H. der zivilen Erwerbspersonen. \*\*Arbeitslose in v.H. der inländischen Erwerbspersonen. \*\*\*Arbeitslosenquoten gemäß ILO-Definition.

Quellen: Europäische Kommission 03.05.2009, IWF 22.04.2009, Commerzbank 26.05.2009, Deka 26.05.2009, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2009 23.04.2009, OECD Interim Economic Outlook, 31.03.2009. Stand: 05.06.2009

# Die voraussichtliche Lage in der EWU

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der Eurozone sowie in der EU 27 ist einer Schätzung von Eurostat zufolge im ersten Quartal 2009 im Vergleich zum Vorquartal um 2,5 v.H. gefallen. Nach einem Rückgang des BIP im vierten Quartal 2008 um 1,6 v.H. in der Eurozone sowie 1,5 v.H. in der EU 27 hat sich der Abwärtstrend weiter verstärkt.

Insbesondere einige osteuropäische Staaten wie Estland, Lettland, Litauen oder die Slowakei mussten im ersten Quartal 2009 mit Wachstumsraten zwischen -6,5 und -11,2 v.H. einen erheblichen Einbruch ihrer konjunkturellen Dynamik hinnehmen. Der Rückgang des BIP war in Deutschland, Frankreich, Spanien oder Italien weniger drastisch, dennoch weisen diese Länder mit Wachstumsraten zwischen -1,2 und -3,8 v.H. ebenfalls eine negative Entwicklung auf.

Zwar ist die Industrieproduktion nach einem Rückgang von -2,5 v.H. im Februar in der Eurozone im März nur um -2 v.H. gesunken, sie ist aber weiterhin deutlich negativ. Die Entwicklung der Auftragsgänge in der Eurozone mit einem Wert von -0,8 v.H. im März 2009, nach

0,0 v.H. im Februar, deutet ebenfalls nicht auf eine schnelle Erholung hin.

Während die aktuelle konjunkturelle Lage weiterhin düster ist, besteht noch in diesem Jahr Aussicht auf Besserung der Situation. Der ZEW-Indikator zur Einschätzung der konjunkturellen Situation in der EWU sechs Monaten weist zum zweiten Mal in Folge einen positiven Wert auf. Dabei blicken 43,2 v.H. der Befragten optimistisch in die Zukunft, während lediglich 14,7 v.H. eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage erwarten. Dieser positive Trend deckt sich mit dem Verlauf des Ifo-Indikators zu den Wirtschaftsklimaerwartungen von Unternehmen, der nach einem Anstieg im ersten Quartal 2009 nun erneut gestiegen ist.

Mit einer Entspannung ist frühestens im Herbst 2009 zu rechnen. Inwieweit nach einer Trendwende mit einer nachhaltig positiven wirtschaftlichen Entwicklung oder lediglich mit einem BIP-Wachstum nahe null zu rechnen ist, lässt sich nur schwer vorhersagen. Die Unsicherheit über die weltwirtschaftliche Entwicklung, die von der Eurozone stark abhängig ist, sowie über die Folgen

der Wirtschaftskrise für den Arbeitsmarkt ist zu groß, um eine belastbare Aussage zu treffen.

Eine weiterhin stabile Binnennachfrage sowie eine Verbesserung der weltwirtschaftlichen Lage können durchaus dazu führen, dass der Effekt auf den Arbeitsmarkt geringer als befürchtet ausfällt. In diesem Fall könnte von einem baldigen Anstieg des BIP ausgegangen werden. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die Unternehmen weiterhin unter einer geringen Nachfrage aus dem Ausland zu leiden haben. Ein markanter Anstieg der Arbeitslosigkeit könnte zu einem Rückgang des Konsums und zu weiter sinkenden Investitionen der Unternehmen führen. Dann würde die dritte Stütze des BIP – nach den Investitionen und den Exporten – wegfallen. Durch die aktive Konjunkturpolitik der europäischen Regierungen sowie der Europäische Zentralbank wird versucht, diese Abwärtsspirale zu verhindern. Mit einem nachhaltigen Aufschwung, verbunden mit deutlich positiven BIP Wachstumsraten, ist jedoch in nächster Zeit nicht zu rechnen.

Andreas Sachs, [sachs@zew.de](mailto:sachs@zew.de)

	EWU		Italien		Spanien		Belgien		Österreich		Irland	
	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010
BIP, real	-4,1	-0,3	-2,6	0,4	-2,8	-0,3	-3,8	0,0	-2,2	0,5	-8,3	-1,1
Privater Verbrauch	-1,3	-0,1	-0,8	0,4	-2,8	0,2	-0,6	0,3	0,4	0,8	-7,0	-3,0
Investitionen	-9,0	-2,1	-5,7	0,4	-15,0	-8,7	-5,4	-0,9	-5,1	0,3	-31,2	-11,6
Exporte	-14,8	-0,7	-6,7	1,9	-11,4	1,0	-8,9	-0,6	-7,0	0,5	-5,0	-2,0
Importe	-12,3	-0,8	-4,0	2,4	-16,8	-4,1	-6,4	0,2	-5,0	0,3	-9,3	-5,2
Verbraucherpreise	0,6	0,7	0,9	2,0	0,2	1,4	0,3	1,7	0,6	1,1	-1,1	0,6
Arbeitslosenquote	9,9	11,5	8,8	9,4	17,3	20,5	8,5	10,3	6,0	7,1	13,3	16,0
Beschäftigung	-2,6	-1,5	-3,3	-0,6	-5,3	-2,7	-1,2	-1,5	-2,7	-0,9	-9,0	-4,0

	Niederlande		Frankreich		Finnland		Portugal		Griechenland		GB (nachrichtlich)	
	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010
BIP, real	-3,5	-0,25	-2,3	-0,2	-5,0	-1,1	-3,5	0,1	-0,9	0,1	-4,3	0,9
Privater Verbrauch	-0,25	-0,5	0,5	0,8	-1,4	0,3	0,1	0,6	0,4	0,5	-3,7	-1,1
Investitionen	-10,75	-12,0	-6,8	-4,8	-15,1	-13,8	-11,5	0,6	-5,6	0,7	-11,6	-4,3
Exporte	-11,75	1,5	-7,7	-0,2	-19,6	-5,0	-12,3	3,8	-7,3	0,8	-11,2	8,9
Importe	-9,25	0,0	-5,1	0,0	-17,5	-6,1	-7,3	4,1	-6,0	0,9	-10,6	3,8
Verbraucherpreise	1,0	1,0	0,5	1,1	0,5	1,1	0,4	2,0	1,8	2,3	1,5	1,1
Arbeitslosenquote	3,9	6,2	9,6	10,7	8,9	9,3	9,1	9,8	9,1	9,7	8,2	9,4
Beschäftigung	-1,0	-2,8	-2,2	-1,2	-2,9	-0,8	-1,4	-0,6	-1,1	-0,1	-2,4	-0,9

Quellen: Alle: Arbeitslosenquote und Beschäftigung: Europäische Kommission, Brüssel. EWU: OECD, Paris. Österreich: Wifo, Wien. Spanien: BBVA, Bilbao. Belgien: Bureau Federal du Plan, Brüssel. Niederlande: CPB, Den Haag. Finnland: Bank of Finland, Helsinki. Frankreich: OFCE, Paris. Irland: ESRI, Dublin. Italien: ISAE, Rom. Portugal: BPI, Porto. Griechenland: Europäische Kommission, Brüssel. GB: NIESR, London.  
Stand: 05.06.2009

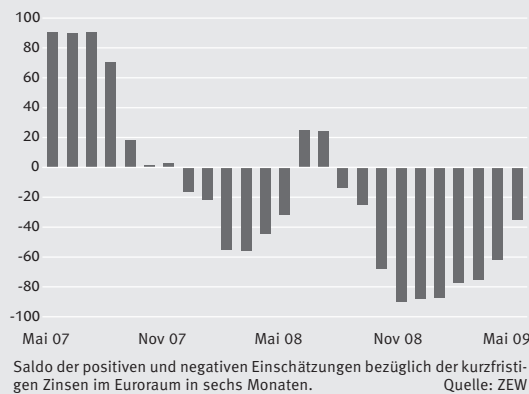
## ZEW-FINANZMARKTTTEST

# Ergebnisse der Maiumfrage 2009

Im ZEW-Finanzmarkttest werden jeden Monat ca. 350 Finanzexperten aus Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen nach ihren Einschätzungen und Erwartungen bezüglich wichtiger interna-

tionaler Finanzmarktdaten befragt. Die gesamten Ergebnisse der Umfrage vom 04. – 18.05.09 wurden im aktuellen ZEW Finanzmarktreport (Redaktionsschluss 22.05.2009) veröffentlicht.

## Erwartungen bezüglich kurzfristiger Zinsen

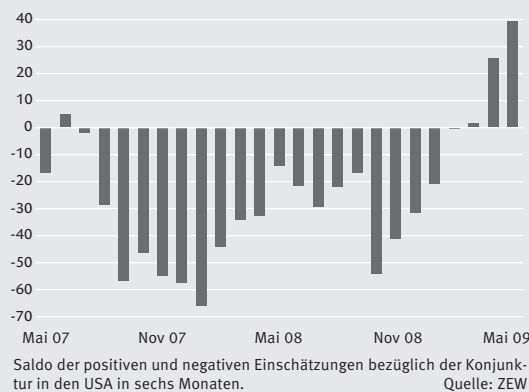


## EZB: Zinssenkungen unwahrscheinlicher

Nachdem die EZB die Leitzinsen auf 1 v.H. gesenkt hat, nimmt der Anteil der Finanzmarktexperten, die mit einer weiteren Zinssenkung rechnen, spürbar ab. Der entsprechende Indikator liegt nur noch bei -35,5 statt bisher -61,8 Punkten. Neben der Möglichkeit, die Zinsen zu verändern, plant die EZB in Zukunft zusätzliche Maßnahmen, um die Refinanzierung der Banken zu verbessern. So hat sie mit dem geplanten Ankauf von Pfandanleihen eine unkonventionelle Maßnahme angekündigt. Die geplanten Maßnahmen sollen sich auf 60 Milliarden Euro belaufen. Der Gesamtmarkt für Covered Bonds beträgt rund 1.500 Milliarden Euro, davon nehmen deutsche Pfandbriefe mit 800 Milliarden Euro einen Großteil ein. Die Details der Umsetzung dieses Unterfangens wird die EZB erst nach ihrer Sitzung Anfang Juni bekanntgeben.

*Sandra Schmidt*

## Konjunkturerwartungen Vereinigte Staaten

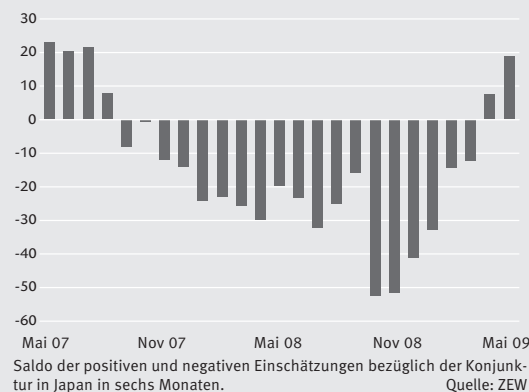


## Vereinigte Staaten: Konjunkturoptimismus nimmt zu

Die Konjunkturerwartungen für die Vereinigten Staaten sind in diesem Monat erneut kräftig gestiegen. Auslöser für den aufkommenden Optimismus ist die Veröffentlichung einer Reihe positiver Konjunkturzahlen. So hat sich das vom Conference Board erhobene Verbrauchervertrauen zuletzt wieder verbessert. Die Zuversicht wird von US-Notenbankchef Ben Bernanke geteilt. Er rechnet angesichts steigender Konsumausgaben und der Stabilisierung am US-Häusermarkt mit einem Ende der Rezession in den Vereinigten Staaten in den kommenden Monaten. Positive Impulse kommen zudem vom Konjunkturpaket der US-Regierung. Gegen Ende des Jahres könnte die US-Wirtschaft sogar wieder auf einen Wachstumspfad einschwenken. Ein Risikofaktor für die Konjunktur bleibt aber weiterhin die Entwicklung auf den Finanzmärkten.

*Matthias Köhler*

## Konjunkturerwartungen Japan



## Japan: Konjunkturerwartungen erneut gestiegen

In der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt zeichnet sich ein Ende der Rezession ab. Darauf deutet der erneute Anstieg der Konjunkturerwartungen für Japan hin. Ein Grund dafür ist die Stabilisierung bei den Exporten und der Industrieproduktion. Auch der Index der Einkaufsmanager hat sich im April wieder verbessert. Auf Grund der sehr hohen Exportabhängigkeit der japanischen Wirtschaft hängt die weitere konjunkturelle Entwicklung vor allem von der wirtschaftlichen Genesung in den Vereinigten Staaten und China ab. An dieser Tatsache ändern die Milliarden aus dem staatlichen Rettungspaket nichts. Schon jetzt hat der japanische Staat Schulden von insgesamt rund 170 v.H. des Bruttoinlandsprodukts angehäuft. Das ist fast dreimal so viel, wie es die EU ihren Mitgliedern als Obergrenze vorschreibt.

*Matthias Köhler*

## DIENSTLEISTER DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT

# Wirtschaftskrise erreicht IKT- und wissensintensive Dienstleister

Der ZEW-IDI, Stimmungsindikator für den Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft, fällt im ersten Quartal 2009 um 14,2 Punkte auf einen Wert von 39,9 Punkten. Er unterschreitet damit erstmals seit seiner Einführung die wichtige Grenze von 50 Punkten. Ein Wert des ZEW-IDI, der über dieser Grenze liegt, signalisiert eine Verbesserung der konjunkturellen Stimmung im Vergleich zum Vorquartal, ein Wert darunter eine Verschlechterung. Der aktuelle Stand des ZEW-IDI bedeutet somit, dass die Dienstleister der Informationsgesellschaft ihre wirtschaftliche Situation im Vergleich zum vierten Quartal 2008 deutlich ungünstiger einschätzen.

Dies ist das Ergebnis einer Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im März 2009 durchgeführt hat.

Der Teilindikator, der die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage wiedergibt, ist für den gesamten Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft im Vergleich zum vierten Quartal 2008 um 21,5 Punkte zurückgegangen. Er liegt somit im ersten Quartal 2009 bei 34,8 Punkten. Der Teilindikator, der die Bewertung der Geschäftserwartungen für das zweite

Quartal 2009 widerspiegelt, ist für den gesamten Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft im ersten Quartal 2009 um 6,4 Punkte auf 45,7 Punkte gesunken. Dieser Indikatorwert unterhalb der 50-Punkte-Grenze deutet darauf hin, dass die Unternehmen des Wirtschaftszweigs für das zweite Quartal 2009 mit einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation rechnen.

## Branchenbetrachtung

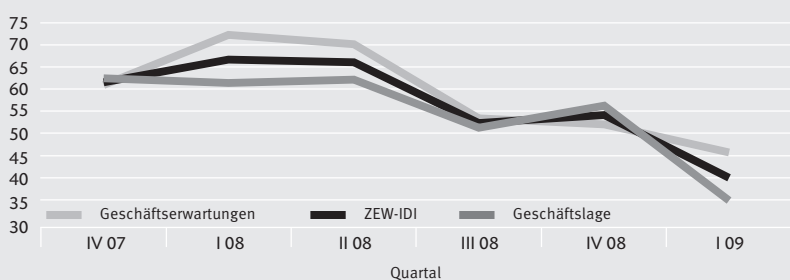
In der Branche Software und IT-Dienste hat sich im ersten Quartal 2009 die Umsatz-, Ertrags- und Nachfragesituation im Vergleich zum Vorquartal deut-

lich verschlechtert. Mehr als die Hälfte der Unternehmen berichten von einem Rückgang dieser Größen. Die Erwartungen hinsichtlich der Nachfrage wurden ebenfalls zurück genommen. Im ersten Quartal 2009 überwiegt der Anteil der Unternehmen, die mit einer sinkenden Nachfrage im zweiten Quartal 2009 rechnen, den Anteil der Unternehmen, die eine steigende Nachfrage erwarten, um 15,5 Punkte. Bei den IKT-Händlern hat sich die Umsatz-, Ertrags- und Nachfragesituation im ersten Quartal 2009 ebenfalls verschlechtert. Die Mehrheit der IKT-Händler ist von sinkenden Umsätzen und Erträgen sowie einer rückläufigen Nachfrage betroffen. Mehr als die Hälfte der Unternehmen erwartet auch für das zweite Quartal 2009 rückläufige Erträge und eine geringere Nachfrage.

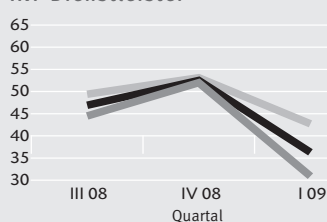
Die wirtschaftliche Lage bei den Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern ist im ersten Quartal 2009 stabil. Im Vergleich zum vierten Quartal 2008 ist der Anteil der Unternehmen, die einen Anstieg von Umsatz, Ertrag und Nachfrage melden, zwar leicht gesunken, die Mehrheit der Unternehmen berichtet jedoch von einer stabilen Entwicklung dieser Größen. Die Unternehmensberater scheinen momentan noch zu den Gewinner der Krise zu gehören. Der Anteil der Unternehmen, die von einer positiven Entwicklung der Umsätze und der Erträge berichten, ist im ersten Quartal 2009 im Vergleich zum vierten Quartal 2008 leicht gestiegen. Bei den technischen Beratern und Planern, den Unternehmen der Branche Forschung und Entwicklung sowie den Werbefirmen macht sich die allgemein schlechte wirtschaftliche Lage hingegen deutlich bemerkbar. Die Mehrheit der Unternehmen aus diesen drei Branchen berichtet im ersten Quartal 2009 von sinkenden Umsätzen und Erträgen sowie einer nachlassenden Nachfrage.

Jenny Meyer, meyer@zew.de

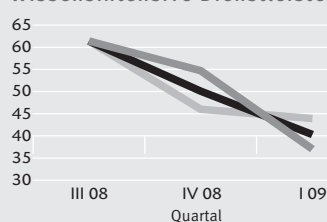
Entwicklung des ZEW-IDI



IKT-Dienstleister



Wissensintensive Dienstleister



Quelle: ZEW/Creditreform

# Branchenheterogenität und Flächentarifabschlüsse

*Das System branchen- und flächendeckender Tarifverträge musste sich in der wirtschaftspolitischen Diskussion häufig der Kritik aussetzen, die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere unterdurchschnittlich produktiver Unternehmen zu beeinträchtigen. Von zentraler Bedeutung ist hierbei, inwiefern bei Flächentarifverhandlungen negative Konsequenzen hoher Tarifabschlüsse für schwächere Unternehmen von vornherein berücksichtigt werden. Vor diesem Hintergrund geht die vorliegende Studie der Frage nach, ob und in welchem Ausmaß eine größere Branchenheterogenität zu moderateren Lohnabschlüssen führt.*

Das System branchen- und flächenübergreifender Tarifverträge sah sich in den letzten Jahren häufig mit dem Vorwurf konfrontiert, eine Anpassung von Löhnen an betriebspezifische Erfordernisse zu behindern und somit insbesondere der Wettbewerbsfähigkeit unterdurchschnittlich produktiver Unternehmen zu schaden. Tatsächlich deuten aktuelle empirische Untersuchungen daraufhin, dass die Lohnfindung unter Flächentarifverträgen weitgehend von der betriebspezifischen Gewinnsituation entkoppelt ist, während dies unter dezentralisierter Lohnfindung nicht der Fall ist (Gürtzgen 2009a). Das Ausmaß negativer Beschäftigungskonsequenzen einheitlicher Tarifabschlüsse hängt jedoch nicht zuletzt davon ab, ob negative Folgen hoher Lohnabschlüsse für unterdurchschnittlich produktive Unternehmen bei den Verhandlungen von vornherein berücksichtigt werden. So-

fern Beschäftigungsverluste in schwächeren Unternehmen internalisiert werden, ist denkbar, dass dies zu moderateren Lohnforderungen seitens der Gewerkschaften führt. Das Ausmaß der Rücksichtnahme auf schwächere Unternehmen sollte hierbei maßgeblich von der Heterogenität der Unternehmen in der betreffenden Branche abhängen.

## Branchenheterogenität für Flächentarifabschlüsse

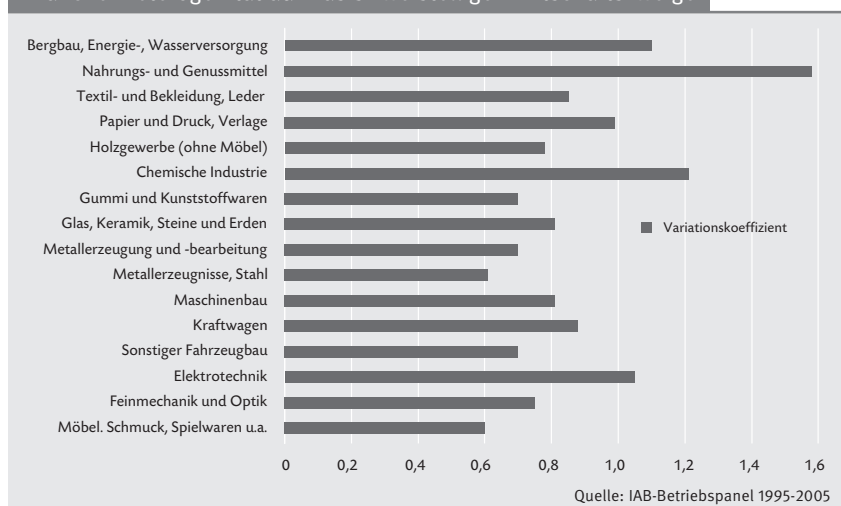
Eine aktuelle Studie am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (Gürtzgen 2009b) widmet sich daher der Frage, ob Beschäftigte in heterogeneren Branchen ceteris paribus niedrigere Löhne erhalten als Beschäftigte in vergleichsweise homogenen Branchen. Betrachtet man Branchen, deren Unternehmen durch eine unterschiedliche Produktivität charakterisiert sind, so lässt sich auf Basis theoretischer Über-

legungen unter Flächentarifverhandlungen ein negativer Zusammenhang zwischen der Lohnhöhe und dem Ausmaß der Branchenheterogenität ableiten. Voraussetzung hierfür ist, dass seitens der Tarifparteien die Beschäftigung in allen Unternehmen einer Branche gleich bewertet wird. Ursächlich für diesen negativen Zusammenhang ist, dass ein einheitlicher Lohn, der sich an der durchschnittlichen Branchenproduktivität orientiert, überdurchschnittlich produktiven Unternehmen Wettbewerbsvorteile, unterdurchschnittlich produktiven Unternehmen hingegen Wettbewerbsnachteile verschafft. Ein gegebener Rückgang der Produktion reduziert die Beschäftigung umso stärker, je mehr Arbeitsinput zur Produktion benötigt wird. Da unterdurchschnittlich produktive Unternehmen einen überdurchschnittlich hohen Arbeitsinput benötigen, fallen die durch einen einheitlichen Abschluss hervorgerufenen Beschäftigungsverluste für unterdurchschnittlich produktive Unternehmen stärker aus als die Beschäftigungsgewinne überdurchschnittlich produktiver Unternehmen. Dies führt unter den genannten Annahmen schließlich dazu, dass eine grössere Branchenheterogenität moderatere Tarifabschlüsse nach sich zieht. Dieser Effekt der Branchenheterogenität sollte allerdings nur dann wirken, wenn keine Anpassungen der Löhne an betriebspezifische Bedingungen vorgenommen werden können.

## Zur Messung der Branchenheterogenität

Da die empirische Evidenz für Deutschland darauf hindeutet, dass eine solche Anpassung unter Firmentarifverträgen und in nicht-tarifgebundenen Unternehmen stattfindet (Gürtzgen 2009a), ist zu erwarten, dass das Ausmaß der Branchenheterogenität hier nicht lohnmäßig wirkt. Die Datenbasis für die Überprüfung der dargestellten

Branchenheterogenität auf Basis zweistelliger Wirtschaftszweige



Zusammenhänge bildet der Linked Employer-Employee Datensatz (LIAB) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg für das Verarbeitende Gewerbe und den Bergbau. Der Datensatz verbindet Daten des IAB-Betriebspanels mit Individualdaten der Beschäftigtenstatistik. Letztere basiert auf Meldungen der Arbeitgeber an die Sozialversicherungsträger und bietet äußerst verlässliche Informationen zu individuellen Löhnen bis zur Beitragsbemessungsgrenze. Die Individualinformationen können mit Angaben zu den jeweiligen Arbeitgebern auf Basis des IAB-Betriebspanels verknüpft werden. Das Betriebspanel liefert insbesondere Informationen darüber, ob ein Betrieb flächen- oder firmentarifgebunden ist. Darüber hinaus kann mit Hilfe der Betriebsdaten die betriebspezifische Bruttowertschöpfung als pro-Kopf-Differenz zwischen Umsätzen und Vorleistungen als Maß für die betriebspezifische Produktivität berechnet werden. Zur Messung der Branchenheterogenität wird schließlich die Standardabweichung der betriebspezifischen Bruttowertschöpfung auf Branchenebene gemäß einer zweistelligen Wirtschaftszweigklassifikation des Statistischen Bundesamtes (WZ93) herangezogen. Die Abbildung weist für die einzelnen Branchen den Variationskoeffizienten als Quotient aus Standardabweichung und Mittelwert aus. Die Abbildung zeigt, dass die Chemische In-

dustrie und die Nahrungs- und Genussmittelindustrie ein vergleichsweise hohes Ausmaß an Branchenheterogenität aufweisen, während sich der Maschinenbau und die Metallindustrie als homogenere Branchen darstellen.

**Ergebnisse und Fazit**

Um den Zusammenhang zwischen der branchenspezifischen Heterogenität und individuellen Löhnen zu quantifizieren, wird eine Regressionsgleichung geschätzt, in der individuelle Löhne durch das oben erläuterte Heterogenitätsmaß sowie eine Reihe weiterer Kontrollvariablen erklärt werden. Hierbei geht neben einer Vielzahl von individuellen und betrieblichen Charakteristika insbesondere auch der branchenspezifische Mittelwert der Bruttowertschöpfung als erklärende Variable in die Regressionsgleichung ein. Letzteres ist wichtig, um ausschließen zu können, dass ein negativer Zusammenhang zwischen Heterogenität und Löhnen allein dadurch zustande kommt, dass höhere Löhne schwächere Unternehmen aus dem Markt drängen und dadurch zu homogeneren Branchenbedingungen bei gleichzeitig höherer Durchschnittsproduktivität führen. Die Tabelle weist die Ergebnisse der Regressionen aus, die getrennt für Individuen in flächentarifgebundenen, firmentarifgebundenen und nicht-tarifgebundenen Betrieben durchgeführt wurden. Die Ergebnisse

deuten – konsistent mit den obigen Hypothesen – auf einen signifikanten negativen Zusammenhang zwischen individueller Entlohnung und der Branchenheterogenität unter Flächentarifverträgen hin. Unter dezentraler Lohnbildung lässt sich hingegen kein negativer Zusammenhang nachweisen. Dieses Muster bleibt auch dann erhalten, wenn man die Gleichung in ersten Differenzen schätzt, um zu berücksichtigen, dass homogenere Branchen u.U. durch eine unbeobachtbar produktivere Unternehmens- und Beschäftigtenstruktur gekennzeichnet sind. Insgesamt lässt sich der Koeffizient in der ersten Spalte der differenzierten Schätzung so interpretieren, dass eine Zunahme des Branchenheterogenitätsmaßes um eine Standardabweichung mit einer 2-prozentigen Lohnsenkung verbunden ist. Die Ergebnisse liefern somit Evidenz für die oben aufgestellten Hypothesen und lassen sich als Hinweis dafür interpretieren, dass die Wettbewerbsnachteile, die sich infolge der zentralisierten Lohnfindung für schwächere Unternehmen ergeben, durch die Internalisierung negativer Beschäftigungskonsequenzen abgemildert werden können.

Nicole Gürtzgen, guertzgen@zew.de

**Literatur:**  
 Gürtzgen, N. (2009a), Rent-Sharing and Collective Bargaining Coverage – Evidence from Linked Employer-Employee Data, *Scandinavian Journal of Economics* 111, 323-349.  
 Gürtzgen, N. (2009b), Firm Heterogeneity and Wages under Different Bargaining Regimes – Does a Centralised Union Care for Low-Productivity Firms?, *erscheint in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 229.

**Regressionsergebnisse**

Abhängige Variable Log (Bruttotageslohn)	Flächentarifvertrag	Firmentarifvertrag	keine Tarifbindung
<i>OLS-Schätzung</i>			
Standardabweichung Bruttowertschöpfung	-.015** (0.006)	-.009 (0.002)	0.023* (0.011)
<i>Schätzung in ersten Differenzen</i>			
Standardabweichung Bruttowertschöpfung	-.005** (0.003)	-.003 (0.006)	0.005 (0.004)
Individual- und Betriebskontrollvariablen	X	X	X
Jahres-, Regional- u. Zeitdummies	X	X	X

Bei der Berechnung der in Klammern ausgewiesenen Standardfehler ist die Korrelation zwischen den Beobachtungen innerhalb einer Branche berücksichtigt worden. Die Spezifikationen enthalten als weitere Kontrollvariablen die mittlere sektorspezifische sowie die betriebspezifische Wertschöpfung, die Betriebsgröße, die Existenz eines Betriebsrates sowie die Kapitalintensität. Darüber hinaus sind individuelle Variablen wie Alter, Geschlecht, Nationalität, Betriebszugehörigkeit und die Qualifikation enthalten. \*\*\*signifikant zum 1%-Niveau, \*\*signifikant zum 5%-Niveau, \*signifikant zum 10%-Niveau.

Quelle: LIAB 1995–2005.

# Beschäftigungsbeitrag von Gründungen wissenschaftsbasierter Unternehmen

Durch Unternehmensgründungen werden in den forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen in Deutschland pro Jahr rund 105.000 Arbeitsplätze geschaffen, die auch fünf Jahre nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit noch bestehen. Damit trägt jeder Gründungsjahrgang rechnerisch etwa mit 2 v.H. zur Beschäftigung in diesen Wirtschaftszweigen bei. Diese Ergebnisse aus dem Mannheimer Unternehmenspanel des ZEW für die Gründungsjahrgänge 1997-2003 unterstreichen die Bedeutung von Gründungen für das Wachstum in der wissenschaftsbasierten Wirtschaft.

In diesem Beitrag werden erste Ergebnisse von Analysen zum direkten Beschäftigungsbeitrag von Unternehmensgründungen auf Basis des Mannheimer Unternehmenspanels (MUP) vorgestellt. Der Beschäftigungsbeitrag einer Gründungskohorte wird in drei Komponenten zerlegt: dem Beschäftigungsbeitrag durch Markteintritte (Zahl der Beschäftigten im ersten Geschäftsjahr), den Beschäftigungsverlusten durch Marktaustritte von neu gegründeten Unternehmen sowie der Entwicklung der Beschäftigung in den überlebenden Gründungen. Besonderes Augenmerk wird auf die forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweige gelegt, da von ihnen ein besonders hoher Beschäftigungs- und Wachstumsbeitrag erwartet wird. Die Datengrundlage, das MUP, ist eine in den vergangenen Jahren am ZEW in Kooperation mit Creditreform aufgebaute Paneldatenbank, die faktisch alle wirtschaftsaktiven Unternehmen Deutschlands umfasst.

## Beschäftigungseffekte durch Markteintritt

Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten im ersten Geschäftsjahr lag in den Unternehmen, die in den Jahren 1997 bis 2003 neu gegründet wurden, in den forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen Deutschlands bei etwa 2,5 (inklusive der Gründerpersonen selbst), was geringfügig über dem Durchschnittswert für alle Wirtschaftszweige (2,3) liegt. In der forschungsintensiven Industrie ist dieser Wert mit 5,7 am höchsten, in den tech-

nologieorientierten Dienstleistungen beträgt er 2,3 und in den wissensintensiven Beratungen 2,1. Die sektoralen Unterschiede in der Gründungsgröße spiegeln zum Teil unterschiedliche Fixkosten bei Unternehmensgründungen wider. Die relativ höheren Eintrittsbarrieren in der Industrie auf Grund hoher Erstinvestitionen in den Kapitalbestand führen auf der einen Seite zu niedrigeren Gründungsraten, sie tragen aber auf der anderen Seite dazu bei, dass die Startgröße eines Unternehmens zur Erreichung einer wettbewerbsfähigen Mindestgröße der Produktion höher ist als im Dienstleistungssektor, wo Fixkosten eher gering sind und auch mit sehr kleinen Unternehmensgrößen wettbewerbsfähige Durchschnittskosten in der Leistungserstellung erzielt werden können.

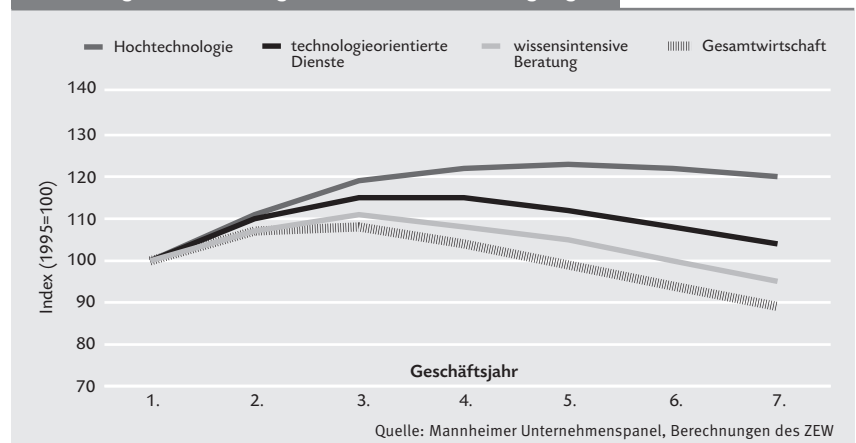
Summiert man alle in neu gegründeten Unternehmen zum Gründungszeitpunkt geschaffenen Arbeitsplätze auf, so ergibt sich im Mittel der Gründungsjahrgänge 1997 bis 2003 als Summe al-

ler Wirtschaftszweige (ohne Land- und Forstwirtschaft, öffentliche Verwaltung, Bildungs- und Gesundheitswesen, Kirchen und Interessenvertretungen) ein Wert von 625.000 Arbeitsplätzen, das sind gut 2 v.H. der insgesamt in diesen Wirtschaftszweigen Erwerbstätigen. In den forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen werden durch Gründungen pro Jahr etwa 95.000 Arbeitsplätze neu geschaffen, wobei auf die wissensintensive Beratung (Unternehmensberatung, Werbung) rund 38.000, auf die technologieorientierten Dienstleistungen (Software, Ingenieurbüros, technische/FuE-Labors) rund 43.000 und auf die Hochtechnologie (d.h. die besonders forschungsintensive Industrie) rund 14.000 entfallen.

## Überlebensraten von Unternehmensgründungen

Drei Jahre nach Markteintritt sind noch 87 v.H. der Unternehmen einer Gründungskohorte wirtschaftlich aktiv, 13 v.H. sind aus dem Markt bereits wieder ausgetreten. In den forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen ist die Quote der nach drei Jahren noch wirtschaftsaktiven Unternehmen geringfügig höher (89 v.H.), wobei vor allem die Gründungen in der Hochtechnologie eine besonders hohe Überlebensrate (93 v.H. nach 3 Jahren)

Abbildung 1: Entwicklung der Kohortenbeschäftigung





aufweisen. In den technologieorientierten Dienstleistungen liegt sie bei 90 v.H. in der wissensintensiven Beratung bei 87 v.H. Nach 5 Jahren sind noch 74 v.H. aller Gründungen im Markt aktiv, die Abstände zwischen den einzelnen Branchengruppen verändern sich nicht. Nach sieben Jahren sind im Mittel aller Branchen nur mehr 64 v.H. der Unternehmen eines Gründungsjahrgangs noch im Markt. In der Hochtechnologie kann sich der größte Teil der Unternehmen (75 v.H.) sieben Jahre erfolgreich im Markt behaupten, in der wissensintensiven Beratung sind es nur 65 v.H. der Gründungen.

### Wachstum in überlebenden Gründungen

Die Unterschiede in der Überlebenswahrscheinlichkeit zwischen den betrachteten Sektoren spiegeln sich auch in den Unterschieden des Beschäftigungswachstums in überlebenden Gründungen wider. Für die Gesamtwirtschaft gilt, dass von den neu gegründeten Unternehmen, die zumindest bis einschließlich des fünften Geschäftsjahres am Markt aktiv sind, die Beschäftigung im Mittel jahresdurchschnittlich um 5 v.H. zunimmt. In den forschungs- und wissensintensiven Branchen ist diese Wachstumsrate mit 6,2 v.H. merklich höher. Voran liegt wiederum die Hochtechnologie, in der überlebende Gründungen ihre Beschäftigung in den ersten fünf Jahren um durchschnittlich 7,1 v.H. pro Jahr ausweiten, gefolgt von den technologieorientierten Dienstleistungen (6,5 v.H.). Diese Wachstumsunterschiede bilden u.a. den Umstand ab, dass in der Hochtechnologie und in den technologieorientierten Dienstleistungen junge Unternehmen mit Hilfe von technologischen Innovationen eher Alleinstellungsmerkmale und damit (temporäre) Monopolstellungen in ihrem Absatzmarkt erreichen können, die ihnen günstigere Wachstumsperspektiven bieten.

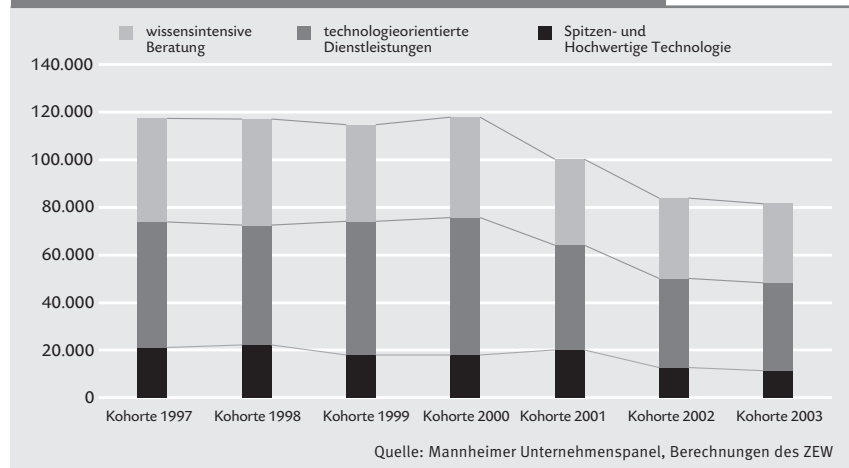
### Saldierter Beschäftigungsbeitrag

Der saldierte Beschäftigungsbeitrag ergibt sich aus der Anfangsbeschäftigung einer Kohorte im ersten Geschäftsjahr zuzüglich der Einstellung

weiterer Mitarbeiter in wachsenden Gründungen und abzüglich der Freisetzung von Mitarbeitern in schrumpfenden Gründungen sowie in Gründungen, die während des betrachteten Zeitraums geschlossen wurden. Setzt man die Beschäftigung im 1. Geschäftsjahr gleich 100 (Abbildung 1), so zeigt sich, das die

105.000 Personen in bis dahin überlebenden Gründungen tätig (Abbildung 2). Die höchsten Beschäftigungsbeiträge leistete die Kohorte 2000 mit 118.000 bestehenden Arbeitsplätzen im fünften Geschäftsjahr, fast ähnlich hoch sind die Beiträge der Gründungsjahre 1997 und 1998 (jeweils 117.000). Während

Abbildung 2: Anzahl der Arbeitsplätze im 5. Geschäftsjahr



Unternehmen einer Gründungskohorte in den ersten Jahren nach Markteintritt den Beschäftigungsbeitrag ausweiten, dieser ab einem bestimmten Zeitpunkt aber wieder fällt. Im Mittel aller Gründungen (Gesamtwirtschaft) ist der Wendepunkt bereits mit dem 2. Geschäftsjahr erreicht, für Gründungen in der Hochtechnologie dagegen erst mit dem 5. Jahr Dank der hohen Überlebenswahrscheinlichkeit und dem starken Wachstum von überlebenden Gründungen weist dieser Sektor auch im 7. Geschäftsjahr einer Gründungskohorte einen deutlich über der Anfangsbeschäftigung liegenden Bestand an Arbeitsplätzen auf, während für die Gesamtwirtschaft der Anfangsbeschäftigungsstand ab im 5. Geschäftsjahr bereits wieder unterschritten wird und danach weiter fällt.

### Konjunkturlinien

Aufschlussreich ist eine Betrachtung der Beschäftigungsbeiträge von Gründungskohorten nach einzelnen Gründungsjahren, da diese Hinweise auf unterschiedliche konjunkturelle Einflüsse geben können. Im Mittel sind in den Gründungskohorten 1997 bis 2003 der forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweige im 5. Geschäftsjahr rund

im Fall der Gründungskohorten 1997 und 1998 die günstige Beschäftigungsentwicklung in den überlebenden Unternehmen sowie die niedrige Marktaustrittsraten hauptverantwortlich für die hohen Beschäftigungsbeiträge sind, ist es bei der Kohorte 2000 vor allem die hohe Zahl der Unternehmensgründungen. Die Gründungskohorte des Jahres 2002 weist im 5. Geschäftsjahr dagegen nur 84.000 Arbeitsplätze auf, für die Gründungskohorte des Rezessionsjahrs 2003 ist der Beschäftigungsbeitrag im 5. Geschäftsjahr mit rund 81.000 noch geringer. Dieser deutlich niedrigere Beitrag ist sowohl auf niedrigere Gründungszahlen als auch auf ein verhaltenes Wachstum der überlebenden Gründungen und eine hohe Marktaustrittsraten zurückzuführen. Der Beschäftigungsbeitrag einzelner Gründungskohorten scheint somit stark von den, konjunkturellen Rahmenbedingungen abhängig zu sein. Dies streicht die Bedeutung der Startbedingungen für die Entwicklung neuer Unternehmen heraus.

Georg Metzger, metzger@zew.de  
Christian Rammer, rammer@zew.de

Metzger, Georg und Christian Rammer (2009), Unternehmensdynamik in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen in Deutschland, Studien zum deutschen Innovationssystem 05-2009, Berlin.  
Download: [http://www.e-fi.de/fileadmin/Studien/StuDIS2009/5\\_2009\\_Gruendungen\\_ZEW.pdf](http://www.e-fi.de/fileadmin/Studien/StuDIS2009/5_2009_Gruendungen_ZEW.pdf)

# Zusammenhang zwischen Konjunktur und Arbeitsmarkt in Deutschland

Deutschland ist fest im Griff der Rezession. Auf dem Arbeitsmarkt hat sich der Konjunkturreinbruch noch nicht in dem Ausmaß wie bei der Produktion, den Unternehmensgewinnen und Investitionen bemerkbar gemacht. Mit einer deutlichen Zunahme arbeitsloser Personen ist aber in den kommenden Monaten zu rechnen. Im Vergleich zu den vergangenen konjunkturellen Auf- und Abschwüngen steht der Arbeitsmarkt heute jedoch in einem anderen Licht da. Die im Zuge der Arbeitsmarktreformen durchgeführten Maßnahmen dürften die Funktionsfähigkeit des deutschen Arbeitsmarkts insgesamt gesehen verbessert haben – ein Aspekt, der insbesondere für die Zeit nach Überwinden des Rezessionstals Hoffnung bereitet. Ein Maß für die Reaktionsfähigkeit des Arbeitsmarkts ist die Beschäftigungsschwelle. Sie gibt an, wie stark die realwirtschaftliche Entwicklung verlaufen muss, um zusätzliche Personen in Arbeit zu bringen. In diesem Beitrag werden dazu aktuelle Ergebnisse präsentiert.

Einen empirischen Zusammenhang zwischen der Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts und dem Arbeitsmarkt beschreibt das Okunsche Gesetz. Üblicherweise führt eine Produktionsausdehnung über die Normalproduktion hinaus zu einer Zunahme der Beschäftigung und damit zu einer Abnahme der Arbeitslosigkeit. Das Okunsche Gesetz erlaubt, die Intensität, mit welcher eine Produktionsausdehnung in der konjunkturellen Aufschwungphase zu einem Abbau von Arbeitslosigkeit führt, über Schätzungen des Okun-Koeffizienten zu quantifizieren und die Wachstumsschwelle, ab deren Überschreiten überhaupt erst Arbeitslosigkeit abgebaut wird, zu beziffern. Diese Wachstumsschwelle wird als Beschäftigungsschwelle bezeichnet.

Um zu prüfen, ob sich die Reaktionsfähigkeit des Arbeitsmarkts in Deutschland im Zeitverlauf geändert hat, werden zeitvariable Okun-Koeffizienten und Beschäftigungsschwellen geschätzt.

Ausgangspunkt ist folgende Gleichung:

$$\Delta U_t = \alpha + \beta_t \Delta y_t + \varepsilon_t$$

Hier ist  $\Delta U_t$  die erste Differenz der Arbeitslosenquote nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation. Die Variable  $\Delta y_t$  ist die erste Differenz des saisonbereinigten, logarithmierten realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) und somit die Veränderungsrate des BIP. Schließlich bezeichnet  $\beta_t$  den Okun-Koeffizienten. Führt ein Anstieg des BIP zu einem Sinken der Arbeitslosigkeit,

so muss der Okun-Koeffizient negativ sein. Je höher der Absolutbetrag des Koeffizienten, desto stärker reagiert der Arbeitsmarkt auf die gesamtwirtschaftliche Güterproduktion. Für  $\Delta U = 0$  gibt der Quotient  $-\alpha / \beta_t$  den Wert für  $\Delta y$  an, bei dem die Arbeitslosigkeit konstant bleibt. Das ist die Beschäftigungsschwelle, wenn vereinfachend die Arbeitslosigkeit und die Beschäftigung symmetrisch behandelt werden.

Da die zeitliche Stabilität des Okun-Zusammenhangs von einigen Studien hinterfragt wurde, wird der Okun-Koeffizient explizit zeitvariabel modelliert:

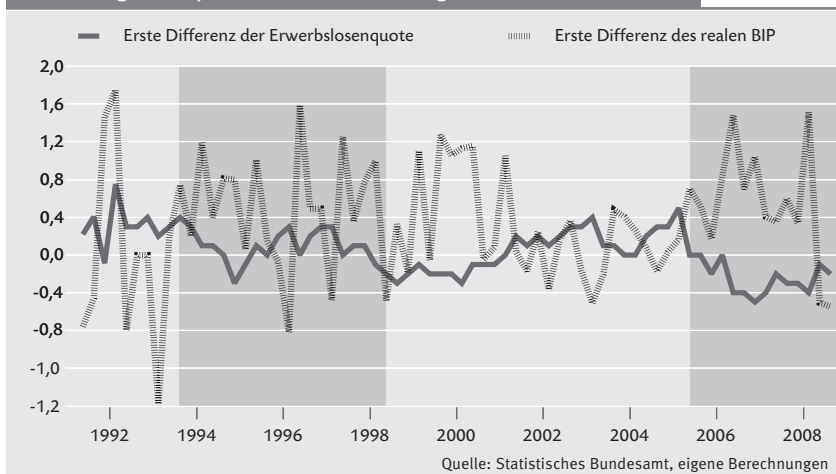
$$\beta_t = \beta_{t-1} + \eta_t$$

Der Störterm  $\eta_t$  ist normalverteilt und beide Gleichungen werden mit dem Kalman-Filter geschätzt.

## Daten und Ergebnisse

Die Abbildung 1 zeigt die Quartalsveränderungen des BIP und der Arbeitslosenquote. Durch die grauen Hintergründe werden abgeschlossene Konjunkturzyklen kenntlich gemacht. Der letzte Zyklus in Deutschland beginnt im 2. Quartal 2005 mit einem lang anhaltenden Aufschwung, der im 1. Quartal 2008 seinen Höhepunkt erreicht. Seit dem 2. Quartal 2008 befindet sich die deutsche Konjunktur in einer rezessiven Phase. Für den vergangenen Aufschwung tritt der Zusammenhang zwischen positiven BIP-Veränderungen und sinkender Arbeitslosigkeit besonders deutlich hervor. Kennzahlen im Frequenzbereich beider Zeitreihen, die nur auf die Schwingungen mit einer Dauer von 2 bis 8 Jahren abstellen, bestätigen die Wechselbeziehungen: Die Kohärenz, das frequenzanalytische Gegenstück zum Absolutwert der Kreuzkorrelation im Zeitbereich, beträgt 0,52. Die Phasenverschiebung zwischen der Veränderung des BIP und der Arbeitslosenquote beläuft sich auf -1,26 Quartale, d.h. dass Veränderungen der Arbeitslosenquote den realwirtschaft-

Abbildung 1: Konjunktur und Arbeitslosigkeit in Deutschland



lichen Entwicklungen etwa 4 Monate hinterher laufen.

In der Abbildung 2 ist der Verlauf der geschätzten Beschäftigungsschwelle zu sehen. Diese ist kontinuierlich gesunken und hat sich zuletzt in einer Höhe von etwa eines Drittels des Quartalswachstum des BIP eingependelt. Im 3. Quartal 2008 nimmt der Okun-Koeffizient einen Wert von  $-0,35$  an und die Beschäftigungsschwelle beträgt  $0,3$  v.H. Demnach würde eine Quartalswachstumsrate von  $1,3$  v.H. die Arbeitslosenquote um  $0,35$  Prozentpunkte pro Quartal sinken lassen oder anders formuliert: Bei einer jährlichen BIP-Wachstumsrate von  $1,2$  v.H. würde die Arbeitslosigkeit stabil bleiben und jeder darüber hinausgehende Prozentpunkt Wachstum würde die Arbeitslosenquote um  $1,4$  Prozentpunkte pro Jahr senken. Zum Vergleich: Im Jahr 2000 betrug die Beschäftigungsschwelle noch  $2,1$  v.H. und jeder darüber hinaus gehende Prozentpunkt hätte die Arbeitslosenquote lediglich um  $0,8$  Prozentpunkte pro Jahr reduziert.

Der Ansatz zur Schätzung der Beschäftigungsschwelle ist deskriptiv und die Bestimmungsfaktoren dieser Schwelle bleiben unspezifiziert. Aufgrund der offenen Spezifizierung ist es aber dennoch möglich, zumindest die zeitliche Entwicklung der Beschäftigungsschwelle nachzuzeichnen. Die gefundene Abnahme der Beschäftigungsschwelle in Deutschland kann auf mehrere Ursachen zurückgeführt werden. Die Beschäftigungsschwelle hängt insbesondere von den relativen Kosten des Einsatzes der Produktionsfaktoren ab. Die Lohnmoderation der vergangenen Jahre dürfte dementsprechend zu einem Sinken der Beschäftigungsschwelle beigetragen haben, da sie die Kosten für den Arbeitseinsatz stabilisiert und somit Neueinstellungen befördert hat.

### Die Bedeutung der Hartz-Reformen

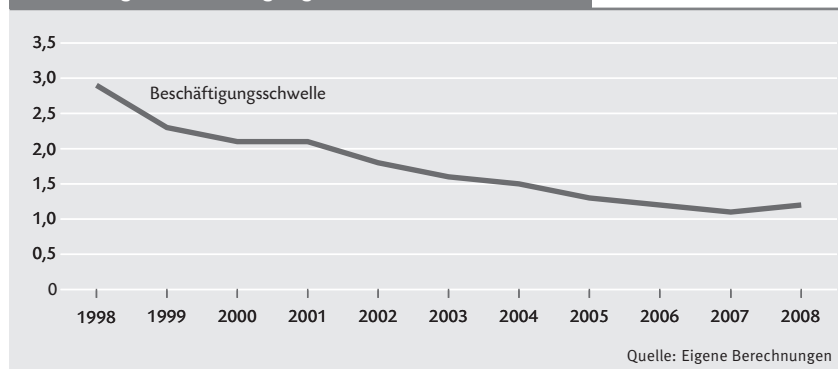
Die gestiegene Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt in Zusammenhang mit den Reformen der letzten Jahre dürfte eine weitere Erklärung für das geschätzte Absinken der Beschäftigungsschwelle geben. Die Restrukturierung und der Umbau der Bundesagentur für Arbeit,

verbesserte Serviceleistungen, die intensivere Betreuung von Arbeitssuchenden, insbesondere von Langzeitarbeitslosen, verschärfte Zumutbarkeitsregeln, die Förderung älterer Arbeitnehmer, neue Minijob- und Midijob-Regelungen und die Lockerung der Zeitarbeit ändern die institutionellen Rahmenbedingungen des Arbeitsmarkts nachhaltig. Diese Reformen haben bewirkt, dass

gen Abschwung Geltung behalten.

Der Verlauf der Beschäftigungsschwelle hängt aber nicht nur von den Rahmenbedingungen des Güter- und Arbeitsmarkts ab. Die Beschäftigungsschwelle ist in gewissem Ausmaß konjunkturabhängig. Zeichnet sich ein anhaltender Wirtschaftsaufschwung ab, werden Unternehmen angesichts sicherer Absatzerwartungen den Arbeitsein-

Abbildung 2: Beschäftigungsschwelle in Prozent



die durchschnittliche Verweildauer in Arbeitslosigkeit gesenkt wurde. Seit 2005 haben sich die Abgänge aus Arbeitslosigkeit stärker erhöht als die Zugänge in die Arbeitslosigkeit. Die Wiederbeschäftigungswahrscheinlichkeit eines Arbeitslosen liegt heute höher als im Zeitraum vor der Reform. Studien sehen insbesondere in der höheren Suchintensität und der intensiveren Betreuung von Arbeitslosen die Ursache hinter dieser gestiegenen Dynamik. Die Hartz-Reformen haben außerdem den Druck auf die Arbeitslosen erhöht. Aus Angst vor Leistungskürzungen treten sie nun auch weniger gut bezahlte Stellen an oder nehmen einen Umzug in Kauf. Weil die durchschnittliche Verweildauer in Arbeitslosigkeit seit den Hartz-Reformen, nicht zuletzt aufgrund einer Verbesserung der Zusammenführung von offenen Stellen und Arbeitssuchenden, gesunken ist, kommen Arbeitssuchende schneller in Arbeit. Untersuchungen deuten darauf hin, dass die Verweildauer von Teilnehmer in einer von der Bundesagentur für Arbeit geförderten Integrationsmaßnahme nach der Reform kürzer geworden ist. Da es auch in gesamtwirtschaftlichen Abschwungphasen immer Unternehmen mit Einstellungsbedarf gibt, dürften die genannten beschäftigungsfördernden Wirkungen der vergangenen Reformen im derzeiti-

gen Abschwung relativ schnell erhöhen und Arbeitssuchende einstellen. Die Beschäftigungsschwelle ist entsprechend gering. Bei anhaltendem Wirtschaftswachstum wird die Schwelle allerdings wieder steigen, da es für Unternehmen zunehmend schwieriger wird, geeignete Fachkräfte einzustellen. Im wirtschaftlichen Abschwung oder in Zeiten unsicherer Absatzerwartungen werden Unternehmen hingegen versuchen, sämtliche Produktions- und Produktivitätsreserven auszuschöpfen, bevor Neueinstellungen getätigt werden. In diesem Fall ist die gemessene Beschäftigungsschwelle vergleichsweise hoch.

### Fazit

Die aufgrund der Reformen am Arbeitsmarkt und der moderaten Tariflohnpolitik günstigen Rahmenbedingungen lindern die Folgen der Rezession auf dem Arbeitsmarkt. Sie dürften dazu beitragen, dass die Beschäftigungsschwelle langfristig auf einem niedrigen Niveau stabilisiert wird. Entsprechend den skizzierten Überlegungen zur Konjunkturabhängigkeit der Beschäftigungsschwelle ist allerdings ein temporärer Anstieg der Schwelle möglich. Kontraproduktiv wäre es, den Arbeitsmarkt wieder stärker zu regulieren.

Dr. Marcus Kappler, kappler@zew.de

# Neue Aufgaben der Europäischen Union?

*Es wird zunehmend diskutiert, ob sich der EU-Haushalt neuen Herausforderungen, wie etwa dem Klimawandel oder der Alterung der Gesellschaft, widmen sollte. Zu dieser Frage sind neben Effizienzkriterien vor allem die unterschiedlichen Präferenzen der europäischen Bürger wichtige Faktoren, die berücksichtigt werden sollten.*

In wie weit die Zentralisierung von Politikfeldern auf der EU-Ebene wünschenswert ist, lässt sich in ähnlicher Weise wie die Aufgabenverteilung zwischen den verschiedenen Ebenen eines föderalen Staates mit der Theorie des Fiskalföderalismus analysieren. Vereinfacht dargestellt kann die Bereitstellung von öffentlichen Gütern auf der höchsten Ebene, also der EU-Ebene, aus Effizienzgründen unter zwei Bedingungen vorteilhaft sein: Zum einen, wenn bei der Bereitstellung dieser öffentlichen Leistungen Skaleneffekte auftreten, also die Kosten der Bereitstellung (pro Einheit) mit zunehmender Produktionsmenge zurückgehen. Zum anderen kann Zentralisierung sinnvoll sein, wenn bei der Bereitstellung der Güter Externalitäten auftreten, diese also einen grenzüberschreitenden Effekt aufweisen. Da nationale Regierungen diese Externalitäten in ihren Entscheidungen nicht berücksichtigen, würde eine dezentrale Entscheidung auf nationaler Ebene zu einer ineffizienten Allokation führen. Häufig wird die Diskussion über neue Aufgaben der EU (einer Renationalisierung bestehender EU-Politikfelder) an Hand dieser Effizienzkriterien geführt, wobei häufig das Schlagwort des „EU-Mehrwerts“ fällt.

Jedoch stehen diesen positiven Effekten einer Zentralisierung auf EU-Ebene auch negative Konsequenzen entgegen, die sich vor allem aus den unter-

schiedlichen Präferenzen der Bürger bezüglich der Bereitstellung öffentlicher Güter ergeben. Eine Bereitstellung auf zentraler Ebene ließe kaum zu, diese entsprechend der nationalen Präferenzen zu differenzieren, so dass eine starke Präferenzheterogenität gegen eine Europäisierung dieser Bereiche sprechen würde. Aus diesem Grund ist es interessant, die Präferenzen der europäischen Bürger näher zu betrachten. Hierzu bietet die Eurobarometer-Umfrage einen Ausgangspunkt. Diese befragt die Bürger sämtlicher Mitgliedstaaten regelmäßig unter anderem dazu, welche Politikbereiche gemeinsam innerhalb der EU oder von den nationalen Regierungen entschieden werden sollen.

Die Ergebnisse der Befragung (Eurobarometer 70, Herbst 2008) lassen grob eine Identifizierung von drei unterschiedlichen Kategorien zu. Einerseits lässt sich eine Gruppe von Politikfeldern beobachten, in denen eine große Mehrheit der Bürger zentrale Entscheidungen auf EU-Ebene wünscht. In diesen Fällen lässt sich auch eine Mehrheit in sämtlichen Mitgliedstaaten erkennen, also auch in denjenigen mit tendenziell EU-skeptischerer Bevölkerung. Diese Politikbereiche decken sich stark mit denjenigen, in denen auf Grund der oben genannten Effizienzkriterien eine Zentralisierung wünschenswert ist. Diese Politikfelder umfassen Umweltschutz, Forschung, Energiepolitik sowie den Kampf gegen Kriminalität und Terroris-

mus. Die Regionalpolitik, derzeit neben der Agrarpolitik der größte Posten des EU-Haushalts, fällt ebenfalls hierunter.

Andererseits lässt sich eine Gruppe von Politikfeldern erkennen, in denen sich fast überall eine Mehrheit für die Beibehaltung der nationalen Entscheidungskompetenz ausspricht. Dahinter dürften stark ausgeprägte nationale Präferenzen in diesen Bereichen stehen, welche die Bürger durch zentrale Entscheidungen in Brüssel nicht genügend berücksichtigt sehen würden. Hierunter fallen Bereiche wie Steuerpolitik, Bildungspolitik, Gesundheitspolitik, sowie Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Schließlich lässt sich eine dritte Gruppe von Politikbereichen identifizieren, in denen es deutliche nationale Unterschiede in den Einstellungen zu einer Europäisierung gibt. Ein Beispiel ist die Außen- und Verteidigungspolitik, die sämtliche Mitgliedstaaten auf EU-Ebene entschieden haben wollen, mit Ausnahme von Finnland, Schweden und dem Vereinigten Königreich. Ähnliches lässt sich zudem für die Verkehrs- sowie die Einwanderungspolitik sagen. Zusätzlich sind die Bürger bezüglich der Agrarpolitik gespalten, die momentan einen bedeutenden Anteil am EU-Haushalt ausmacht.

Diese kurze Übersicht zeigt, dass sich die Präferenzen der europäischen Bürger bezüglich der Europäisierung von Politikbereichen sehr stark zwischen den verschiedenen Bereichen unterscheiden. Dennoch sprechen sich diese aber durchaus in einigen Bereichen für ein grösseres Engagement der EU aus.

*Steffen Osterloh, osterloh@zew.de*

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen, erscheint vierteljährlich.

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim · L 7, 1 · 68161 Mannheim  
Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)  
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident) · Thomas Kohl (kaufmännischer Direktor)

**Redaktion:** Claudia Busl, Telefon 0621/1235-336, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: [busl@zew.de](mailto:busl@zew.de)  
Dr. Marcus Kappler, Telefon 0621/1235-157, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: [kappler@zew.de](mailto:kappler@zew.de)  
Andreas Sachs, Telefon 0621/1235-145, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: [sachs@zew.de](mailto:sachs@zew.de)

**Nachdruck und sonstige Verbreitung** (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars  
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2009